

Bremer Straßenbahn AG, Bremen

Halbjahresfinanzbericht 2011 1. Januar bis 30. Juni 2011

Zwischenlagebericht

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Nachfrage legt nochmals zu

Die Nachfrage lag im ersten Halbjahr mit 50,8 Mio. Fahrgästen um 0,1 Mio. (0,1 %) über Vorjahr, und um 0,5 Mio. (0,9 %) über der Planung. Die Nachfrage lag im ersten Quartal witterungsbedingt um 0,3 Mio. (1,2 %) über Plan, aber auch im zweiten Quartal noch um 0,1 Mio. (0,5 %) über Plan. Für das zweite Halbjahr wird eine abgeschwächte Entwicklung angenommen, so dass die Prognose um 0,5 Mio. Fahrgäste (0,5 %) gegenüber dem Plan angehoben wird, aber das gesamte Vorjahr um 0,6 Mio. Fahrgäste (0,6 %) unterschritten wird. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass das 2. Halbjahr 2010 sowohl durch die zusätzliche Nachfrage im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit als auch durch die schlechten Witterungsbedingungen zum Ende des Jahres geprägt war.

Angebot liegt im vereinbarten Rahmen

Insgesamt lag die Betriebsleistung geringfügig über Plan (0,4 %). Im Straßenbahnbereich lag das Angebot auf Planniveau, im Busbereich leicht über dem Planwert. Auf dem Gebiet der Stadtgemeinde Bremen verlief das Angebot stabil in dem in der Betrauung vereinbarten Rahmen. Die Prognose stimmt mit dem Plan überein.

Personalabbau wird fortgeführt

Zur Jahresmitte waren 2.045 Beschäftigte, davon 72 Auszubildende, bei der BSAG tätig. Der Personalstand lag – umgerechnet in aktive Vollzeitpersonale – um 44 (2,7 %) unter Vorjahr und um 7 (0,5 %) stichtagsbezogen leicht über Plan.

Der Personalaufwand lag in Summe mit 38,4 Mio. € um 1,7 Mio. € (4,4 %) unter dem Vorjahr.

Investitionsabwicklung saisonal deutlich unter Plan

Die Investitionsabwicklung lag im ersten Halbjahr bei 6,7 Mio. € und somit um 5,5 Mio. € (45,1 %) deutlich unter Plan. Ursache hierfür sind Verschiebungen bei der Auslieferung eines Straßenbahnfahrzeuges und von zwei Hybridbussen, bei der Generalüberholung von Straßenbahnen sowie im Bereich diverser Infrastrukturmaßnahmen und in der Informationstechnologie. Bezogen auf das Jahresende wird aber mit einem Investitionsvolumen auf Planniveau gerechnet.

Umsätze weiter auf Wachstumskurs

Die Beförderungserträge lagen in Auswirkung der Fahrgastentwicklung in Verbindung mit einer zum 01.01.2011 durchgeführten Erhöhung der Fahrpreise um 0,3 Mio. € (0,9 %) über dem Vorjahreswert und um 1,1 Mio. € (2,9 %) über dem Planansatz. Auch die Nachfrage nach dem StadtTicket entwickelte sich sowohl gegenüber dem Vorjahreszeitraum als auch gegenüber dem Plan positiv. Die sonstigen Umsatzerlöse (insbesondere erhöhtes Beförderungsentgelt und Fahrzeugwerbung) übertrafen um 0,1 Mio. € (6,6 %) den Planansatz und lagen auf Vorjahresniveau.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit 8,6 Mio. € um 3,2 Mio. € (59,8 %) über dem Vorjahreswert, aber um 1,0 Mio. € (10,1 %) unter Plan. Die Abweichungen in Bezug auf das Vorjahr als auch hinsichtlich des Plansatzes sind zum überwiegenden Teil begründet in veränderten Leistungsumfängen bei Arbeiten für die Stadt Bremen. Dies resultiert aus den weiterberechneten Baukosten im Zusammenhang mit der Verlängerung einer Straßenbahnlinie innerhalb des Stadtgebietes.

Insgesamt lagen die Betrieblichen Erträge mit 51,3 Mio. € um 2,7 Mio. € (5,7 %) über Vorjahr und um 0,3 Mio. € (0,6 %) über Plan.

Aufwandsentwicklung durch Energie- und Sachkosten geprägt

Die Materialaufwendungen fielen mit 18,8 Mio. € um 4,3 Mio. € (29,4 %) höher aus als im ersten Halbjahr des Vorjahres, jedoch um 1,0 Mio. € (5,0 %) niedriger als geplant. Dies war insbesondere auf höhere Leistungen für die Stadt und für Dritte zurückzuführen, diese lagen um 4,9 Mio. € über dem Vorjahreswert, aber um 0,4 Mio. € unterhalb des Planansatzes. Gegenpositionen hierzu befinden sich bei den sonstigen betrieblichen Erträgen und teilweise bei den Bestandsveränderungen. Die Kosten für Fahrstrom gingen verbrauchsbedingt – als Folge des starken Winters im Vorjahr – um 0,2 Mio. € (8,4 %) zurück. Die Kosten liegen trotz einer Verbrauchsunterschreitung exakt auf Planniveau. Bei den Kosten für Dieselmotorkraftstoff kommt es preisbedingt sowohl gegenüber dem Vorjahr mit 0,5 Mio. € (14,3 %) als auch gegenüber dem Planansatz mit 0,4 Mio. € (9,1 %) zu Überschreitungen. Planunterschreitungen in der Fahrzeuginstandhaltung (0,5 Mio. €), in der Infrastruktur (0,4 Mio. €) sowie in der Verwaltung inklusive Vertrieb und Informationstechnologie (0,8 Mio. €) resultierten vor allem aus saisonalen Verschiebungen.

Die Betrieblichen Aufwendungen lagen insgesamt mit 71,8 Mio. € um 3,6 Mio. € (5,3 %) über dem Vorjahr und um 3,3 Mio. € (4,4 %) unter Plan.

Ergebnisentwicklung im Rahmen der Planung

Mit Ablauf des ersten Halbjahres ergab sich eine Ergebnisverschlechterung von 1,1 Mio. € (4,8 %) gegenüber Vorjahr und eine Ergebnisverbesserung von 2,2 Mio. € (8,2 %) gegenüber Plan. Wichtigste Ursachen für die Abweichungen waren gestiegene Beförderungserträge, maßnahmenbezogene Veränderungen bei den Weiterberechnungen an die Stadt Bremen und damit verbunden auch bei den Materialaufwendungen, gesunkene Personalkosten und aus dem BilMoG resultierende Veränderungen bei den Zinsaufwendungen und den außerordentlichen Aufwendungen. Der Verlust wird damit nach derzeitiger Einschätzung, entsprechend der Planung, 53,5 Mio. € betragen, und damit leicht über dem Niveau des Vorjahres liegen. Die Kontrakteinhaltung ist nicht gefährdet.

Ausblick sowie Chancen und Risiken

Ausblick

Im Jahr 2010 ist entsprechend der EU-VO 1370/2007 zwischen der Stadtgemeinde Bremen, dem Zweckverband Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen und der BSAG ein öffentliche Dienstleistungsauftrages (öDLA) unterzeichnet worden. Darin wird die BSAG mit der Durchführung des ÖPNV für das Gebiet der Stadtgemeinde Bremen und der nach Niedersachsen abgehenden Linien vom 12. Dezember 2010 bis zum Frühjahr 2021 beauftragt.

Grundlage für den Abschluss des öDLA war der im Jahr 2009 geschlossene Folgekontrakt für die Jahre 2011 bis 2020 zwischen der Stadt Bremen, dem Vorstand, dem Betriebsrat der BSAG und der Gewerkschaft ver.di. Eckpunkte des Kontrakts sind u. a. die weitere Reduzierung der Unternehmensverluste der BSAG von 54,7 Mio. Euro im Jahr 2011 auf 40,2 Mio. Euro im Jahr 2020 sowie die gleichzeitige Umsetzung des Schienennetz-Ausbaus um rund 27 Kilometer.

Chancen und Risiken

Mit den Geschäftsaktivitäten der BSAG sind neben Chancen auch Risiken verbunden. Auf die aktive Steuerung dieser Risiken ist das implementierte Risikomanagement ausgerichtet. Um frühzeitig Gegenmaßnahmen einleiten zu können, verfügt die BSAG über ein integriertes Risikomanagementsystem, das die nötigen Informationen aufbereitet und unmittelbar aus den gesetzlichen Anforderungen abgeleitet ist. Dieses System wird kontinuierlich inhaltlich weiterentwickelt.

Zu den im Geschäftsbericht 2010 genannten Risiken haben sich keine Änderungen ergeben.

Bestandsgefährdende Risiken bestehen derzeit nicht.

Chancen ergeben sich für die BSAG aus der Entwicklung der Fahrgelderträge.

**Verkürzte Bilanz
zum 30.06.2011**

<u>Aktiva</u>	30.06.2011 T€	30.06.2010 T€	<u>Passiva</u>	30.06.2011 T€	30.06.2010 T€
<u>Anlagevermögen</u>			<u>Eigenkapital</u>		
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.225	2.130	Gezeichnetes Kapital	10.226	10.226
Sachanlagen	181.074	176.479	Kapitalrücklage	47.791	11.791
Finanzanlagen	2.721	2.721	Gewinnrücklage	1.144	1.022
	186.020	181.330		59.161	23.039
<u>Umlaufvermögen</u>			Sonderposten mit Rücklageanteil	0	1.510
Vorräte	5.293	6.212	Rückstellungen	47.948	47.192
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	35.115	25.812	Verbindlichkeiten	125.061	148.595
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	6.278	7.140	Rechnungsabgrenzungsposten	720	363
	46.686	39.164			
Rechnungsabgrenzungsposten	184	205			
	232.890	220.699		232.890	220.699

**Verkürzte Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 2011**

	01.01.- 30.06.2011 T€	01.01.- 30.06.2010 T€
Umsatzerlöse	42.537	42.200
Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	-401	188
Andere aktivierte Eigenleistungen	568	788
Sonstige betriebliche Erträge	8.606	5.387
	51.310	48.563
Materialaufwand	-18.847	-14.568
Personalaufwand	-38.351	-40.097
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-9.034	-8.706
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.535	-4.797
Erträge aus Beteiligungen	1	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	25	9
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.569	-2.729
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-24.000	-22.325
Außerordentliche Aufwendungen	-166	-827
Außerordentliches Ergebnis	-166	-827
Sonstige Steuern	-112	-15
Erträge aus Verlustübernahme	24.278	23.167
Halbjahresüberschuss	0	0

Verkürzter Anhang für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 2011

Allgemeine Angaben

Der Zwischenabschluss zum 30.06.2011 wurde in Übereinstimmung mit § 37w WpHG sowie nach den für börsennotierte Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und unter Beachtung ergänzender Vorschriften des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt.

Die im verkürzten Abschluss zur Zwischenberichterstattung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen, denen des letzten Jahresabschlusses zum 31.12.2010.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen wurden zu ursprünglichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Herstellungskosten umfassten Fertigungsmaterial, Fertigungslöhne sowie Material- und Fertigungsgemeinkosten. Erhaltene Investitionszuschüsse wurden von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abgesetzt. Das Wahlrecht gem. § 248 Abs. 2 Satz 1 HGB wurde nicht ausgeübt.

Die Abschreibungen erfolgten nach der linearen Methode. Die zugrunde gelegte Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände wurde in Anlehnung an die steuerlichen Vorschriften vorgenommen. Auf die Zugänge bei den abnutzbaren Anlagen wurde der zeitanteilige Abschreibungssatz verrechnet. Vermögensgegenstände mit einem Anschaffungswert bis 1.000 EUR wurden wie im Vorjahr im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben.

Die Finanzanlagen wurden zu Anschaffungskosten angesetzt.

Die Vorräte wurden zu gleitenden Durchschnittspreisen bewertet. Für Materialien mit langer Lagerdauer wurden angemessene Abschläge vorgenommen. Die unfertigen Leistungen wurden mit Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet. Diese umfassten Fertigungsmaterial, Fertigungslöhne sowie Material- und Fertigungsgemeinkosten.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden zu Nennwerten angesetzt. Das allgemeine Ausfallrisiko für Forderungen wurde durch eine aktivische Absetzung berücksichtigt.

Mit Einführung des BilMoG sind die Pensionsverpflichtungen unter Berücksichtigung eines Durchschnittszinssatzes nach der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) sowie zukünftiger Renten- und Gehaltssteigerungen u. a. zu ermitteln. Bei der Bewertung zum 31.12.2010 wurde das Anwartschaftsbarwertverfahren (projected unit credit method), ein Zinssatz von 5,15 % gem. RückAbzinsV, zukünftige Einkommenssteigerung von jährlich 2,0 %, zukünftige Rentenerhöhungen von jährlich 2,0 % sowie eine Fluktuationsrate von 1,5 % angesetzt.

Von der Vereinfachung gem. § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB wurde Gebrauch gemacht und entsprechend ein durchschnittlicher Marktzinssatz gem. RückAbzinsV mit einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren angesetzt.

Der aus der Neureglung des § 253 Abs. 2 HGB resultierende Zuführungsbetrag zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von 4.982 T€ darf nach Art. 67 Abs. 1 EGHGB in Raten von mindestens einem Fünfzehntel pro Jahr bis spätestens 31.12.2024 angesammelt werden. Von dieser Möglichkeit wurde Gebrauch gemacht und entsprechend 166 T€ der Rückstellung zugeführt. Die Aufwendungen hieraus erfolgten im Posten „außerordentliche Aufwendungen“. Der nicht ausgewiesene Fehlbetrag beläuft sich auf 2.823 T€.

Bei der Bemessung der sonstigen Rückstellungen wurde allen erkennbaren Risiken angemessen Rechnung getragen.

Angaben zu Posten der Bilanz

Das gezeichnete Kapital ist eingeteilt in 200.000 Stückaktien, die sämtlich auf den Inhaber lauten. Davon besaß die Bremer Verkehrsgesellschaft mbH am 30.06.11 198.059 Stück bzw. 99,03 %.

Die sonstigen Rückstellungen enthielten u. a. Beträge für Jubiläumsrückstellungen, Haftpflichtrisiken, Entgelt für überlassene Anlagen, Dokumentationsverpflichtungen, Berufsgenossenschaftsbeiträge, ausstehende Rechnungen sowie weitere Verpflichtungen aus dem Personalbereich.

Am 30.06.2011 bestanden Verpflichtungen aus einem Bestellobligo in Höhe von bis zu 6,6 Mio. € aus dem im Jahr 2002 abgeschlossenen Vertrag über die Lieferung von 20 Niederflurstraßenbahnen sowie aus der Ausübung von Optionen über die Lieferung von 23 weiteren Niederflurstraßenbahnen. Das Bestellobligo betrifft 8 Fahrzeuge aus der Restabwicklung dieser Verträge. Darüber hinaus bestand ein Bestellobligo für die Lieferung von 2 Bussen in Höhe von 1,6 Mio. €. Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die weder in der Bilanz erscheinen noch als Haftungsverpflichtung genannt wurden, belaufen sich für Miet-, Erbbaurechts- und Leasingverträge bis zum Ende der jeweiligen Vertragslaufzeit auf 14,6 Mio. €. Des Weiteren bestehen Verpflichtungen für eine noch nicht eingezahlte Kommanditeinlage (47 T€) sowie für laufende Bestellungen.

Angaben zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

1. Die sämtlich im Inland erzielten Umsatzerlöse gliedern sich wie folgt auf:

	30.06.2011	30.06.2010
	T€	T€
Fahrgelderträge	35.537	35.718
Ausgleichszahlungen gem. § 148 SGB IX	1.361	1.370
Ausgleichszahlungen gem. § 45 a PBefG	2.646	2.304
Ausgleich StadtTicket	502	261
Zuschüsse für Linien	287	258
Einnahmen aus dem freigestellten Schülerverkehr und Mietwagenverkehr	211	289
	<u>40.544</u>	<u>40.200</u>
Andere Umsatzerlöse	1.993	2.000
	<u>42.537</u>	<u>42.200</u>

2. Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten:

	30.06.2011	30.06.2010
	T€	T€
Weiterberechnungen an die Stadtgemeinde Bremen	5.986	1.471
Weiterberechnungen an verbundene und beteiligte Unternehmen	149	105
Erstattungsansprüche ATZ	83	1.438
Erträge aus Haftpflichtschäden	195	274
Diverse andere Posten	2.058	1.725
periodenfremd:		
Gewinne aus Anlagenabgängen	101	156
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	21	210
Weitere periodenfremde Erträge	13	8
	<u>8.606</u>	<u>5.387</u>

Der mit dem Betrieb gewerblicher Art „Bau und Vermietung von Nahverkehrsanlagen“ der Freien Hansestadt Bremen (kurz: BgA) sowie dem Amt für Straßen und Verkehr geänderte Infrastrukturvertrag trat mit Wirkung vom 22. September 2009 in Kraft und ersetzte die seit dem 1. Juli 2006 geltende Fassung. Bremen obliegt die Planung und Finanzierung der Betriebs- und Straßenanlagen bei Neubaumaßnahmen sowie der Neubau, der Ersatzbau, die Ersatzbeschaffung, der Umbau und die Entfernung des Unterbaus, des Untergrundes, der Haltestellenbauwerke und der Fahrsignalanlagen als Teil verkehrstechnischer Lichtsignalanlagen. Des Weiteren beschafft Bremen die Grundstücke für neue Betriebsanlagen. Die Durchführung dieser Baumaßnahmen vollzieht sich im Rahmen der von Bremen bereitgestellten Mittel und wird von der Gesellschaft nach den gleichen Grundsätzen wie die von der Gesellschaft selbst zu finanzierenden Investitionen abgewickelt. Die Aufwendungen hierfür wurden in den betreffenden Posten der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Erstattung dieser Investitionskosten seitens Bremen wurde unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Die Erträge aus Verlustübernahme betrafen den gemäß Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag von der Bremer Verkehrsgesellschaft mbH zu übernehmenden Verlust.

Sonstige Angaben

In der Zusammensetzung des Vorstandes hat sich gegenüber dem Jahresabschluss zum 31.12.2010 keine Veränderung ergeben. Am 01.01.2012 wird Herr Wilfried Eisenberg sein Amt als technischer Vorstand und Vorstandssprecher übernehmen.

Herr Harald Fengler ist zum 20.04.2011 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden, Frau Nina Lepper ist seit dem 04.05.2011 neues Aufsichtsratsmitglied. Weitere Veränderungen in der Zusammensetzung des Aufsichtsrats haben sich gegenüber dem Jahresabschluss zum 31.12.2010 nicht ergeben.

Von der durchschnittlichen Zahl der Arbeitnehmenden (1.916) waren 1.499 Lohnempfangende und 417 Gehaltsempfangende einschließlich der leitenden Angestellten.

Eine Prüfung bzw. prüferische Durchsicht des verkürzten Abschlusses und des Zwischenlageberichts erfolgte nicht.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für die Zwischenberichterstattung der Zwischenabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Zwischenlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben sind.

Bremen, den 31.08.2011

Der Vorstand

Michael Hünig

Hans Joachim Müller